



P R E S S E A U S S E N D U N G

Kommunen fordern Steuerreform bereits 2015!

GVV-Präsident Trummer: „Mit einer sofortigen Steuerreform entstehen mehr Konsum und Arbeitsplätze und dadurch auch die dringend notwendigen Mehreinnahmen für Gemeinden!“

Eisenstadt, 12.05.2014 – Der GVV Burgenland spricht sich für eine rasche Steuerreform bereits 2015 aus. Im Rahmen der Bundeskonferenz des Kommunalpolitischen Referats der SPÖ in Wiener Neustadt am vergangenen Samstag wurde von den Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter die Forderung nach einer Steuerreform mit Senkung des Eingangssteuersatzes und der Gegenfinanzierung durch eine Millionärssteuer einhellig vertreten!

GVV-Präsident Erich Trummer: „Eine rasche, spürbare Steuerreform, bereits schon 2015, würde nicht nur den Bürgerinnen und Bürgern die dringend notwendige Entlastung bringen, sondern auch den Kommunen zugute kommen. Mehr Nettoeinkommen und Kaufkraft für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bedeutet eine höhere Kaufkraft, damit entsteht mehr Konsum und es werden Arbeitsplätze erhalten und neu geschaffen. Das wiederum ergibt auch mehr Einnahmen für Gemeinden und somit wieder mehr Investitionsspielraum für Infrastruktur und Sozialangebote! Deshalb wollen wir vom GVV Burgenland Bundeskanzler Werner Faymann den Rücken stärken, um das Ziel von mehr Steuergerechtigkeit mit einer Millionärssteuer und einer Million Euro Freigrenze durchsetzen zu können. Finanzminister Michael Spindelegger muss endlich seinen Millionärsschutzschirm aufgeben!“

Ein Sparpaket hat massive negative Auswirkungen für den Finanzausgleich der Kommunen. Gemeinden bekommen weniger Geld, was die Leistungen der Kommunen für die Bürger einschränkt. Dies bedeutet Leistungskürzungen im Sozialbereich, bei der Infrastruktur und bei den Serviceleistungen der Kommunen für die Bevölkerung im Allgemeinen.

Trummer: „So kann es nicht weiter gehen. Die Menschen haben sich mehr Netto vom Bruttoeinkommen verdient und insbesondere für den ländlichen Raum und in Abwanderungsregionen müssen dringend mehr statt weniger Finanzmittel fließen, sonst verödet unser Land abseits der Zentralräume, denn mit den Einwohnern verlieren die Gemeinden auch wichtige Finanzmittel.“